

Verfahren und für notwendige Reinvestitionsmaßnahmen einsetzen.

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die flächendeckende Erweiterung des elektronischen Handelsregisters mit Beginn des Jahres 2007. Dies ist ein wichtiger Meilenstein hin zu einem elektronischen Rechts- und Geschäftsverkehr in den Bereichen der Justiz, in denen dies für alle Beteiligten zu einer Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe führt und hohe Effizienzpotenziale erschließt.

Daneben werden wir durch eine noch stärkere Bündelung aller IT-Services in einem gemeinsamen Rechenzentrum die Gerichte und Behörden des Landes von zahlreichen IT-Aufgaben entlasten. Dies erhöht die Produktivität, verbessert den Komfort für die Anwender und spart wertvolle Personalressourcen, die in der Rechtspflege eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, die Justiz befindet sich trotz ganz erheblicher Herausforderungen auf richtigem Kurs. Der Haushaltsentwurf 2007 mit seinen Ergänzungen bietet die Gewähr dafür, dass ihre Funktionsfähigkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erhalten und verbessert wird.

Um das nachhaltig sicherstellen zu können, ist aber auch der Bundesgesetzgeber gefordert. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass der seit Jahren zu beobachtende Kostenanstieg bei den Ausgaben für die Prozesskosten- und Beratungshilfe gestoppt wird.

Meine Damen und Herren, hier bitte ich um Ihre Unterstützung, damit das Geld im Justizhaushalt da eingesetzt werden kann, wo es dringend gebraucht wird. Ebenso bitte ich um Ihre Unterstützung für den Haushaltsentwurf 2007 mit den genannten Kernpunkten und den Änderungen des Haushalts- und Finanzausschusses. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Müller-Piepenkötter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit komme ich zum Schluss der Beratung des Einzelplans 04.

Nunmehr folgen die **Abstimmungen zum Einzelplan 04**, und zwar erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3227** mit der laufenden Nummer 31. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU

und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3004**. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind die Beschlussempfehlung und gleichzeitig der Einzelplan 04 **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe den **Einzelplan 02** auf:

Ministerpräsident

Ich eröffne die Beratung und weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/3002 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 32 bis 45 in der Ihnen bereits bekannten Tischvorlage.

Erster Redner in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit drei Punkten beginnen, die ich zum Haushalt und damit auch zu den vergangenen zwölf Monaten des Agierens der Behörde des Ministerpräsidenten, der Staatskanzlei, vortragen könnte.

Punkt 1. Das Quartett aus Minister und drei Staatssekretären ist da. Das freut mich. Damit wird natürlich noch einmal deutlich, welches Jahr von Pleiten, Pech und Pannen

(Zurufe von der CDU: Oh!)

sowie der Stellenvermehrung hinter uns liegt. Es ist ja noch nicht vorbei, meine Damen und Herren. Denn wir konnten heute einen wunderschönen Artikel darüber lesen, dass es in der Staatskanzlei eines neuen Chefs vom Dienst bedarf. Der alte ist geschasst worden, der soll eine andere Position einnehmen. Wir werden uns natürlich um die Frage kümmern – Frau Kollegin Löhrmann nickt zustimmend –, was das nun wieder in Bezug auf Stellenvermehrung bedeutet.

Punkt zwei: Wir können uns darüber unterhalten, wie es mit der Wahrnehmung des ehrenamtlichen Engagements aussieht. Das, was wir in den Haushaltserläuterungen lesen konnten, hat uns an der Stelle auch nicht weitergeholfen.

Drittens. Herr Minister Breuer, wir können uns nicht in der Frage der sachlichen Kriterien auseinandersetzen, was die Suche nach einem neuen

Standort für die Landesvertretung in Brüssel angeht; da stimmen wir zu. Aber jetzt, meine Damen und Herren, ist natürlich der Zeitpunkt – ich habe es Ihnen ja auch schon persönlich gesagt –, wo wir nicht mehr gelten lassen, dass wir nicht bald eine Lösung bekommen. Denn Sie, Frau von Boeselager, haben uns in den Monaten unserer Regierungstätigkeit oftmals vorgehalten, dass wir an dieser Stelle nicht zu Potte kommen würden.

Ich will statt dieser Punkte drei andere Punkte aufgreifen.

Punkt eins: die Fragestellung nach den Schwerpunkten der Europapolitik. Ich will feststellen – das haben wir auch in der letzten Ausschusssitzung getan –, dass wir begrüßen, dass es dort in wichtigen Bereichen Kontinuität gibt. Dazu gehört die Fortsetzung alter, begonnener Themen beispielsweise im Bereich Reach, Herr Brockes, aber natürlich auch im Bereich Ziel 2, zumindest dahin gehend, dass die alte und die neue Landesregierung es hinbekommen haben, dass wir überhaupt eine Ziel-2-Förderung, dass wir weiterhin auch die Förderung aus EU-Strukturfonds haben.

Aber wir sind in diesem Hohen Hause natürlich unterschiedlicher Auffassung, was – das ist ein Thema, das insbesondere die Wirtschaftsministerin angeht – die Frage der Operationalisierung des Programms angeht. Wie sieht es mit den klassischen Ziel-2-Regionen aus, und wie sieht es mit der Vorstellung aus, 50 % der Mittel in einem Landeswettbewerb flächendeckend über das Land Nordrhein-Westfalen zu verteilen? Das ist etwas, worin wir keinen Sinn sehen.

Ich will zweitens ein Thema nennen, bei dem wir glauben, dass wir durch die avisierte Politik in Europa eine echte Bedrohung für unser Land haben und dass unsere Landespolitik, das heißt die Politik dieser Landesregierung, Bedrohlichem aus Europa auch noch Vorschub leistet. Das ist das Stichwort Daseinsvorsorge.

Wir dürfen nicht unterschätzen, meine Damen und Herren, dass es in Brüssel bei der Kommission, aber auch im Parlament starke Kräfte gibt, die traditionelle Vorgehensweisen unserer Politik im Sozialbereich, bei den sozialen Diensten, im Sparkassenwesen, in der kommunalen Gemeinwirtschaft zunichte machen wollen, die das für einen Weg halten, der zukünftig nicht mehr möglich sein soll. Wir stellen fest, dass Sie den Brüsseler Vorschub leisten, dass wir nach wie vor davon ausgehen müssen, dass wir mit § 107 Gemeindeordnung in veränderter Form keine vernünftige Grundlage mehr für Gemeinwirtschaft haben werden

(Beifall von den GRÜNEN)

und dass wir mit der Novelle, die zum Sparkassengesetz vorgelegt wird, wahrscheinlich auch eine verschlechterte Grundlage für diesen wichtigen Bereich des öffentlich-rechtlich verfassten Kreditwesens haben werden.

Drittens stellen wir fest – da ist jetzt eine Broschüre aufgelegt worden zum Bereich Förderprogramme für Kommunen, Herr Minister Breuer, was sicherlich verdienstvoll und ein richtiger Ansatz ist –, dass es uns an einem umfassenden Konzept für die Europafähigkeit der Kommunen mangelt, etwas, was wir Ihnen in diesem Hause mit einem entsprechenden Antrag vorgeschlagen haben. Wir halten daran fest. Mit einer solchen Veröffentlichung ist es nicht getan. Wir brauchen in der Tat so etwas wie einen Masterplan „Europafähigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme viertens zu einem Punkt, zu dem es eigentlich nichts festzustellen gäbe, was die Politik der Landesregierung angeht, wenn nicht just heute – manchmal ist es Fügung – der Bericht des Medienrates vorgelegt und der Präsidentin übergeben worden wäre. Das, meine Damen und Herren, ist ein vernichtendes Urteil über die Medienpolitik in diesem Lande, wie wir es kaum in einem anderen Politikbereich erlebt haben.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht etwas, was wir uns aus den Fingern gezogen haben, was Sie als Opposition abtun können. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren. In dem zweiten Bericht des Medienrates heißt es:

„Die nordrhein-westfälische Medienpolitik setzt in diesem Bild keinen Kontrapunkt. Sie ist schwach aufgestellt – trotz vielfach formulierter Bekenntnisse zum Medienstandort NRW und der besonderen Potenziale des Landes; ... sie vermissen eine erkennbare politische Auseinandersetzung mit Medienthemen. Da kaum medienpolitisches Handeln sichtbar wird, erscheint die nordrhein-westfälische Medienpolitik der wirtschaftlichen und publizistischen Bedeutung der Medien im Land nicht angemessen.“

Das, meine Damen und Herren, besagt der zweite Bericht des Medienrates. So ist es dort formuliert worden.

(Beifall von der SPD)

Wir können nachlesen, Herr Staatssekretär Krautscheid: „Medienstandort NRW geht zuversichtlich ins Jahr 2007“ – eine Veröffentlichung über www.digitalmagazin.info. Dort ist als einziger Punkt der Medienpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen im Dezember 2006 angegeben – ich darf zitieren –.

„Ich will im neuen Jahr regelmäßig zu Gesprächskreisen rund um aktuelle medienpolitische Fragen in die Staatskanzlei einladen.“

So Krautscheid. – Meine Damen und Herren, schlimmer geht es nimmer in der Medienpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Desaster, was sich dort abzeichnet!

Der Kollege Marc Jan Eumann und ich haben heute in Richtung Medienforum im Juni 2007 überlegt, der Bundeskanzlerin, die kommen wird, was wir gut finden, Herr Krautscheid, den Bericht des Medienrates als gute Vorbereitung, als Überblick über die Medienpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zu übersenden; wir übernehmen auch die Portokosten. Dann ist die Kanzlerin im Bild. Sie braucht sich nicht durch Riesigenaktenberge zu quälen, sondern weiß, wie es mit der Medienpolitik in diesem Lande bestellt ist.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Kurzum, meine Damen und Herren, wir stellen angesichts der zweiten Lesung des Einzelplans 02 fest: Keine klare Schwerpunktsetzung in der Europapolitik, ein Versagen in der Medienpolitik auf der ganzen Linie, ein vernichtendes Urteil für die Politik der Landesregierung, insbesondere für denjenigen, der diesen Einzelplan in besonderer Art und Weise verantwortet, nämlich für den Ministerpräsidenten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuschke. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuschke, wir sind mit der Europapolitik der Staatskanzlei sehr zufrieden und finden, dass wir in unserer Regierungszeit bereits vieles nach vorne gebracht haben. Ich denke nur an die Landesvertretung in Brüssel: Da haben wir eingelöst, was bei Ihnen ständig eingefordert, aber nicht umgesetzt wurde, nämlich dass wir von dort regelmäßig Informationen erhalten.

Ich halte das Sparvolumen für angemessen. Es sind etwa 560.000 €, sodass wir für die Landesvertretung immerhin 3,9 Millionen € zur Verfügung haben. Es ist doch sehr klug, dass wir uns da neu aufstellen wollen, damit wir diesem großen Land Nordrhein-Westfalen gerecht werden können.

(Beifall von der CDU)

In der Strukturpolitik – das haben Sie eben selber bestätigt – sind wir ein großes Stück weiter gekommen. Wir lassen Wettbewerb zu, wir ermöglichen die private Unterstützung in Form von Kofinanzierung. Das kann sich doch alles sehen lassen. Da brauchen wir unser Licht weiß Gott nicht unter den Scheffel zu stellen.

Wir haben 170.000 € für die anstehende EU-Ratspräsidentschaft veranschlagt. Frau Merkel wird sich darüber freuen. Sie wird natürlich hier zu Besuch sein, denn in Nordrhein-Westfalen finden sehr viele Termine statt. Hierbei werden wir deutlich machen, dass wir in Nordrhein-Westfalen sehr europafreundlich sind. Damit signalisieren wir den Bürgerinnen und Bürgern, dass es uns mit Europa ernst ist, dass sie Europa miterleben können und dass wir sie in diesen Prozess mit einbinden.

Zusammengefasst: Europa ist bei uns gut aufgehoben. Das internationale Leitbild, das Sie auch kritisiert haben – dies ist im Übrigen Ihres –, haben wir angepackt und es für wirtschafts- und außenpolitische Themenfelder erweitert, weil das für uns in Zukunft ein Schwerpunkt sein wird.

In diesem Sinne kann ich zum Bereich Europa und Internationales nur sagen: Herr Minister Breuer, weiter so! Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau von Boeselager. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau von Boeselager, ich kann nur immer wieder erstaunt feststellen, wie selbstzufrieden und genügsam Sie sind und mit wie wenig Sie im Grunde zufrieden sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir stellen sowieso immer mehr fest, dass die Koalitionsfraktionen sagen: Hauptsache regieren! Lasst die Regierung mal machen! Wir klatschen es ab, wir loben es hinterher. – Eigenständige, nach vorne gerichtete Politik, eigenständige, kreative Ideen: Fehlanzeige! – Meine Damen und Her-

ren, so ist die Demokratie nicht angelegt, so ist auch der Parlamentarismus nicht angelegt. Deswegen kann ich immer nur erstaunt sagen: Sie sollten mit Ihrer Regierung nicht so zufrieden sein, sondern Sie sollten sie anspornen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wahrnehmungsstörungen? – Weitere Zurufe von der FDP)

Dass wir mit dieser Regierung nicht so zufrieden sind, das dürfte auf der Hand liegen. Herr Kuschke hat ja auch schon einige Punkte angesprochen.

Der Haushalt des Ministerpräsidenten zeigt im Grunde das ganze Desaster der Regierungspolitik. Er zeigt wie durch eine Lupe, was den Ministerpräsidenten im negativen Sinne auszeichnet. Er redet als Sozialapostel, aber wenn man zum Beispiel in seinen Einzelplan guckt, dann sieht man die düstere Realität und dann werden die Widersprüche dieser Regierung deutlich.

„Sparen, sparen, sparen, jeder wird es merken, jeder wird es spüren“ – das war das abstrakte Motto von Herrn Rüttgers. In vielen Einzelplänen beklagen wir das ja auch; das haben wir heute gehört, und das werden wir morgen wieder hören. Aber in der Staatskanzlei wird nicht gespart. In der Staatskanzlei wird dick und fett draufgesattelt, meine Damen und Herren. Da werden für Parteigänger Stellen geschaffen.

(Christian Lindner [FDP]: Was? – Gegenrufe von Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre nicht, Herr Lindner!)

– Natürlich! In Brüssel sind für Sie von der FDP Stellen geschaffen worden, obwohl da Leute gesessen haben, die allseits anerkannt waren.

(Christian Lindner [FDP]: Das sagen ausge-rechnet Sie? – Weitere Zurufe von der FDP)

– Es freut mich, dass Sie sich aufregen; ich scheine ins Schwarze oder ins Gelbe getroffen zu haben.

Herr Kuschke hat es schon angesprochen: Mit der Personalpolitik des Ministerpräsidenten ist es offensichtlich nicht so gut bestellt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Komische Arbeiterführer!)

Da werden Leute geschasst, andere müssen her – und alles auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, meine Damen und Herren. So sieht es doch aus!

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Bei der Repräsentation des Ministerpräsidenten wird auch nicht geknapst; Hunderttausende werden da eingestellt. Wir haben Anträge eingebracht, diesen Betrag abzusenken, dies an den Sparhaushalt, den es ansonsten gibt, anzupassen. Da gibt es Mittel für Gutachten, da bekommen Experten viel zu tun, aber mit der wirklichen, faktischen Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen hat das sehr, sehr wenig zu tun. Es geht vielmehr um das Image des Ministerpräsidenten, das offensichtlich deutlich aufgepoliert werden muss.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Eines habe ich bedauert, meine Damen und Herren: dass Sie sich unserem Antrag auf Etablierung eines interreligiösen Dialogs auch mit den muslimischen Verbänden nicht angeschlossen haben. Das ist eigentlich erklärter Wille des gesamten Hauses. Sie sind damit leider der Initiative der grünen Fraktion nicht gefolgt, eine institutionalisierte Vertretung der Muslime zu schaffen, damit wir in zentralen Fragen der Integrationspolitik weiterkommen. Das wäre ein kleines, aber wichtiges Zeichen gewesen. Aus unserer Sicht vertun Sie damit eine große Chance.

(Ralf Witzel [FDP]: Alleingang?)

Meine Damen und Herren, auch bezüglich Brüssel gibt es eine Ausweitung von Personal und bestimmten Sachmitteln. Konkrete fachliche Europapolitik im Sinne Nordrhein-Westfalens findet da aus unserer Sicht viel zu wenig statt. Das kann man sich ganz konkret vor Augen führen, Herr Breuer, wenn man sich den Tätigkeitsbericht der Landesvertretung anschaut. Da stehen unter der Veranstaltungskategorie „Drittveranstaltung zur Präsentation von Teilregionen, Städten, Hochschulen, Verbänden, Unternehmen ...“ genau drei Veranstaltungen, nämlich eine des Verbandes der chemischen Industrie zum Thema Reach, eine der RWE AG und eine der RAG zum Klimawandel, auf der – ich zitiere – die anthropogenen Ursachen kritisch hinterfragt wurden. Das sind Veranstaltungen lediglich zu den Themen Chemie, Energie, Kohle. Für Städte, Teilregionen und Hochschulen war offenbar nicht mehr viel übrig. Ich finde, das wirft ein bezeichnendes Licht darauf, welche Interessen die Landesvertretung hier wahrnimmt.

Nun könnte man Ihnen zugute halten, dass Sie sich im letzten Jahr in Brüssel und in der Regierungsverantwortung noch ein bisschen akklimatisieren mussten, und damit gleichzeitig die Hoffnung verbinden, dass nun alles, worauf es im Jahr der EU-Ratspräsidentschaft ankommt, besser

wird. Aber was müssen wir dem Haushaltsentwurf entnehmen? Es wird zwar mehr Geld ausgegeben, aber dass die Mittel dazu dienen, in Europa weiterzukommen, wage ich bei der programmatischen Aufstellung, die wir auch im letzten Plenum diskutiert haben, zu bezweifeln.

Die Titelgruppe 60 haben Sie mit 170.000 € zusätzlich für Veranstaltungen eingerichtet. Das klingt gut, aber man weiß ja, dass es drei Minister-
ratstagungen in NRW gibt.

(Minister Michael Breuer: Vier!)

– Vier sogar! Ich nehme an, dass ein Teil dieser Mittel auch dafür ist und leider nicht dafür, die Diskussion vor Ort über die Krise, in der sich Europa in gewisser Weise befindet, fortzusetzen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, unser Fazit: Der Haushalt des Ministerpräsidenten zeigt keine gute Aufstellung. Da wird das eigene Motto Sparen mit Füßen getreten. Da wird viel Geld für das Image des Ministerpräsidenten ausgegeben, aber nicht für die Bedeutung Europas für Nordrhein-Westfalen, für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für die Jugend in Nordrhein-Westfalen.

Fazit: Dieser Einzelplan ist unseres Erachtens nur kräftig und heftig abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Für die FDP spricht jetzt Herr Brockes. Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuschke,

(Wolfram Kuschke [SPD]: Hier!)

ich frage mich ehrlich gesagt: Wie lange möchten Sie sich das noch antun,

(Ursula Meurer [SPD]: Ihnen zuzuhören?)

hier vor das Plenum zu treten und alle Baustellen, die Sie uns hinterlassen haben – Sie persönlich im Europabereich –, als Probleme der neuen Landesregierung darzustellen?

Selbstverständlich sind wir beim Thema NRW-Vertretung, das Sie hier in den Mund genommen haben, noch nicht so weit, wie wir sein wollten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht nur da! – Marc Jan Eumann [SPD]: Was soll ich davon halten? – Bodo Wißen [SPD]: Das einzige ehrliche Wort! – Weiterer Zuruf von der SPD: Aha!)

– Jetzt hören Sie mal gut zu! Herr Kollege Wißen, ich bin ein paar Tage länger hier. Mit diesem Thema hat sich hier im Plenum schon der Minister Samland beschäftigt, die damals zuständige Ministerin und Ihre heutige Fraktionsvorsitzende, Frau Kraft,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gute Frau! – Bodo Wißen [SPD]: Das war eine gute Ministerin!)

und auch Herr Kuschke. Und nichts – nichts! – ist in all den Jahren geschehen. Jetzt beklagen Sie, dass wir dieses Problem nicht in anderthalb Jahren gelöst haben.

Zu einem anderen Thema: Ziel 2. Ja, bei Ziel 2 sind wir ein ganzes Stück weitergekommen. Wir haben erreicht – ich stimme Ihnen zu: da hat die alte Landesregierung mitgeholfen; das war auch gut so –, dass wir letzten Endes mehr im Topf haben als in der vergangenen Förderperiode. Ganz besonders wichtig für unser Land ist – das begrüßen wir ganz besonders –, dass wir die Mittel eben nicht mehr nur in strukturschwachen Bereichen einsetzen können, sondern landesweit. So können wir sie effizient für neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Lande einsetzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Ziel-2-Förderung ist die Anerkennung von Drittmitteln zur Kofinanzierung, sodass wir jetzt wirklich eine breite Basis haben, um alle Mittel abrufen zu können.

(Beifall von FDP und CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Einsamer Beifall von Herrn Witzel!)

Herr Präsident, bei mir ist keine Zeitanzeige ...

(Die verbleibende Redezeit wird übermittelt. – Rainer Schmeltzer [SPD]: Abgelaufen!)

– Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, darüber hinaus möchte ich kurz ein Thema ansprechen, über das wir hier viele Jahre gesprochen haben, nämlich das Thema proaktiver Ansatz. Es kam von Ihrer Seite und ist nie umgesetzt worden.

Meine Damen und Herren, dass wir jetzt bei Themen wie Reach vorankommen und dass NRW-Positionen berücksichtigt werden,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Reach ist wirklich ein falsches Beispiel, Herr Kollege!)

bevor seitens der Kommission oder des Parlaments gehandelt wird, ist auf den neuen proaktiven Ansatz zurückzuführen.

(Widerspruch von der SPD)

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir bei wichtigen Themen, die vor uns liegen, entsprechend frühzeitig tätig sind, um wichtige Entscheidungen beeinflussen zu können.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Damit spreche ich Themen an, die gerade für den Wirtschaftsstandort sehr wichtig sind: Energie und Zertifikatehandel. Aus meiner Sicht – ich denke, dass wir da gerade mit der SPD eine gemeinsame Position haben –

(Wolfram Kuschke [SPD]: Da müssen Sie noch ein bisschen netter werden!)

müssen wir uns gemeinsam anstrengen, damit wir keine saftige Verringerung bei den Zertifikaten hinnehmen müssen; denn das würde gerade für den Energiestandort Nordrhein-Westfalen und für die Produktion enorme Probleme bereiten. Die Konkurrenz sitzt nicht unbedingt nur in den europäischen Nachbarländern, sondern sie ist global. Wir würden hier als Europäische Union deutliche Wettbewerbsnachteile für Europa und gerade auch für Nordrhein-Westfalen beschließen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus begrüße ich es außerordentlich, dass gerade die Benelux-Staaten, unsere direkten Nachbarn, zukünftig einen wichtigen Schwerpunkt der Europapolitik darstellen. Ich glaube, es gibt noch eine Vielzahl von Themen, die man behandeln muss. Insofern halte ich es für sehr richtig, dass wir hier den Schwerpunkt gebildet haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen für die deutsche Ratspräsidentschaft – eben sind schon einige Punkte genannt worden – sehr gut aufgestellt sind. Wir sollten die Ratspräsidentschaft für zwei Punkte nutzen:

Zum einen, um beim Verfassungsvertrag weiterzukommen; das ist letzten Endes das Kernproblem der Europäischen Union. Wenn wir es nicht schaffen, die Strukturen entsprechend zu verbessern, werden wir über viele Jahre handlungsunfähig bleiben und damit die Europäische Union in Gänze, aber auch Nordrhein-Westfalen schwächen.

Zum anderen sollten wir diese Ratspräsidentschaft nutzen, um auf Themenfelder aufmerksam zu machen, die uns in Nordrhein-Westfalen besonders betreffen. Wir sollten eigene Akzente setzen, sodass bei zukünftigen wichtigen Entscheidungen gerade für Nordrhein-Westfalen allen Entscheidern die Position und die Situation in Nordrhein-Westfalen bekannt sind.

In dem Sinne sind wir, glaube ich, gut aufgestellt. So können wir aus europapolitischer Sicht zuversichtlich in das neue Jahr blicken. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Prof. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag lautete ein Versprechen: Der Kulturförderbetrag wird in der Legislaturperiode verdoppelt. – Was uns viele nicht zugetraut haben: Er wird verdoppelt.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem Antrag werden die nächsten 20 % vorgelegt. In der Legislaturperiode wird dieser Betrag verdoppelt. Das geht ganz ruhig weiter. Das ist keine Marotte, sondern der Erkenntnis geschuldet, dass es bei Kulturförderung um viel mehr geht, als nur irgendwelches Entertainment zu finanzieren. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass einer unserer ganz wesentlichen Steigerungspunkte die kulturelle Bildung ist.

Wenn man auf diesen Etat blickt, wird man aber feststellen, dass es sich wieder um eine Art Wiedergutmachungsetat handelt. Denn von der Vorgängerregierung sind die Kulturausgaben in einer Weise heruntergefahren worden, dass wir noch über ganze 1,5 Promille des Gesamtetats sprechen.

Ich mache Ihnen das einmal an der Bibliotheksförderung deutlich. Wir heben mit diesem Etat die Förderung des Bibliothekswesens von 1,1 Millionen € in 2005 auf mehr als 1,8 Millionen € an. Wenn man aber berücksichtigt, dass die Bibliotheksförderung bereits 1980 über 5 Millionen € betragen hat und in den 90er-Jahren regelmäßig bei 4,5 Millionen € lag, dann sieht man, um welch skandalöse Senkungen es sich in den Jahren der rot-grünen Koalition gehandelt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Veränderungen, die wir vorlegen, beziehen sich auf den Titel „Kulturelle Integration“. Diesen Titel, der mit 300.000 € angesetzt ist, werden wir auf 500.000 € erhöhen. Das dient der Umsetzung unseres Antrags „Künstlerisch-kulturelle Bildung stärken – soziale Integration fördern“. Dort sehen wir eine Menge wichtiger Aufgaben, auch in der Qualifizierung von Menschen in der interkulturellen Arbeit. Wir werden das mit einem höheren Ansatz besser finanzieren können.

Ansonsten bekommen auch die Landestheater und -orchester wieder ein wenig mehr. Sie wurden in den letzten Jahren auf einen Stand gebracht, dass man kaum noch von Landesorchestern und Landestheatern sprechen konnte.

Ein anderer wesentlicher Punkt ist der Substanzerhalt des Archivwesens – aus der Erkenntnis heraus, dass wir dringend eine Politik des kulturellen Gedächtnisses, so etwas wie eine Mementopolitik brauchen, die dazu dient, Kultur und kulturelle Identität des Landes Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Meine Damen und Herren, wir sind auf dem Wege dazu, bei der Kulturförderung wenigstens wieder an Summen heranzukommen, um das Ergebnis der Föderalismusreform, dass die Bundesländer für die Kultur zuständig sind, auch finanziell untermauern zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Prof. Sternberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Nell-Paul.

(Minister Michael Breuer: Nicht schon wieder sagen, dass ich keine Kultur habe!)

Claudia Nell-Paul (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich den Kulturhaushalt isoliert betrachte, muss ich auch als Oppositionsmitglied sagen: Alle Achtung, wir haben Anerkennung für die Steigerung, die in diesem Haushalt steckt!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir begrüßen es, dass Sie Ihr Versprechen einhalten, den Kulturförderetat heraufzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber es würde Sie verwundern, wenn ich nur loben würde. Ich glaube, man kann die Kulturpolitik der Landesregierung nicht nur an Zahlen messen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein!)

Wenn ich den Kulturhaushalt alleine betrachte, erkenne ich Steigerungen, aber auch einige Lücken, zum Beispiel im Bereich der Integration. Wir hatten im Plenum eine sehr breite Diskussion zur Integration. Das findet sich im Haushalt nicht wieder.

(Beifall von der SPD)

Wir haben auch enorme Steigerungen bei Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe nur – das werden wir auch beobachten –, dass diese Mittel

tatsächlich den Einrichtungen, den Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung stehen und nicht dem Ministerpräsidenten für Imagewerbung.

(Beifall von der SPD)

Vom Haushalt absehen, glauben wir allerdings, dass die Kultur im Lande nicht mehr die Bedeutung hat, die sie einmal hatte. Das wird vor allem daran deutlich, dass in diesem Kabinett ein Kulturminister fehlt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben in diesem Plenum bisher noch nicht eine Situation erlebt, in der wir mit einem Kulturminister in einen offenen Diskurs hätten eintreten können.

(Beifall von der SPD)

Wie Sie alle wissen, hat der zuständige Staatssekretär, der dankenswerterweise wenigstens anwesend ist, kein Rederecht. Wir glauben, dass dies für die Kultur kein gutes Signal ist und dass die Kulturpolitik durch die Anbindung an die Staatskanzlei auch personell entmachtet worden ist.

(Beifall von der SPD)

Auch die Person Grosse-Brockhoff hat in diesem Jahr Federn lassen müssen, hat unseres Erachtens in einigen Punkten selbst große Fehler gemacht. Ich führe an, wir bedauern es sehr, dass wir beim Thema „Kulturhauptstadt Europas“ im Moment mehr von Chaos als von einem förderlichen Blick nach vorne reden.

(Beifall von der SPD)

Noch immer ist die Frage „Doppelspitze, künstlerische Leitung, Intendanz“ offen. Wir hoffen, dass das endlich zu einem guten Ergebnis kommt, weil das ansonsten der Kultur schadet.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Also: Betrachten wir bitte nicht nur die Finanzen, sondern auch die Kulturpolitik in ihrer personellen und inhaltlichen Aufstellung! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Nell-Paul. – Für die Grünen hat Herr Keymis das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Rot in der Krawatte ist schön!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch kurz

zwei Teile vorzutragen. Dafür stehen mir vier Minuten und neun Sekunden zur Verfügung.

Zum Kulturteil hat Frau Nell-Paul im Wesentlichen schon gesagt: Wir als Opposition beneiden die Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen natürlich um jeden Auftritt hier im Parlament, mit dem sie darstellen können, dass sie sich gemeinsam mit der Regierung an ihr Versprechen halten, den Etat zu verdoppeln.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenigstens das!)

Sehr schön, überhaupt nicht zu kritisieren! Natürlich würde nur dann ein Schuh daraus, wenn Sie an anderen Stellen – ich nenne als Beispiel den Landesjugendplan – nicht so rapide gekürzt hätten. Dann bräuhete man nämlich nicht das auszugleichen, was wir an einzelnen Angeboten in der Jugendkulturpolitik unseres Landes inzwischen zum Teil vermissen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diesen Widerspruch müssen Sie sich leider gefallen lassen. In Bezug auf die originäre Kulturpolitik kann ich Sie aber beglückwünschen. Das läuft prima und ist gut für das Land. Es ist das, was wir uns politisch immer gewünscht hätten.

Herr Kollege Sternberg, allerdings muss man berücksichtigen, dass die Zeiten sich etwas gewandelt haben – auch im Hinblick auf die Etatsituation. Insbesondere in den Jahren, in denen ich mit im Landtag sein konnte – 2000 bis 2005 –, mussten wir ganz andere Voraussetzungen vorfinden, als sie bei Ihnen aufgrund des konjunkturellen Hypes vorliegen.

Insofern erkennen wir das an. Es ist gut, dass Sie es machen. Ich begrüße, dass Sie bestimmte Stellen und Positionen eingerichtet haben, die für das Land positiv sind. Die Kulturpolitik läuft also prima.

Frau Kollegin Nell-Paul hat Essen und das Ruhrgebiet angesprochen. Diesen Punkt finde auch ich schwierig. Ich möchte gerne noch einmal – auch an den Kulturstaatssekretär – appellieren, dass es bei diesem Thema darauf ankommt, Augenhöhe zwischen den Beteiligten herzustellen. Binden Sie bitte die freie Szene mit ein! Machen Sie das Ganze nicht nur mit Herrn Sellars, Herrn Lange-meyer und anderen wichtigen Menschen, die es überall im Ruhrgebiet gibt. Wie ich heute gelesen habe, ist Herr Müller jetzt auch in diesem Zusammenhang ein wichtiger Mensch. Ein weiterer Aufsichtsratsvorsitz bedeutet auch eine Menge Arbeit für jemanden, der schon die DB AG als Aufsichtsratsvorsitzender im Kreuz hat.

Ich wünsche mir, dass von Ihnen mehr Aktivitäten in die Region hinein angestoßen werden; denn sonst haben eine Menge Menschen das Gefühl, an dieser Stelle möglicherweise abgehängt zu werden, obwohl das Ruhrgebiet – Herr Kuhmichel wird mich hier unterstützen – eigentlich die Kulturhauptstadt Europas ist. Daher Achtung und Obacht!

Gestatten Sie mir noch einen Halbsatz zur Medienpolitik des Landes. Dort haben wir leider Gottes die völlig umgedrehte Situation. Bei der Medienpolitik haben Sie gekürzt. Auch durch den personellen Wechsel haben Sie diese Kürzung fortgeschrieben. Am meisten stört mich natürlich die Kürzung bei der Filmstiftung. Sie ist relativ grob und schneidet in den Wirtschaftsförderbereich bei der Medienstandortpolitik genauso hinein wie in den Kulturförderbereich; denn die Filmstiftung stellt nun einmal eine Schnittstelle dar.

Es ist bedauerlich, dass Sie diese Kürzung trotz des Rückenwindes, den Ihnen die Konjunktur gibt, nicht ein Stück weit haben rückgängig machen können. Der von uns dazu vorgelegte Änderungsantrag hat sich leider nicht durchsetzen können. Das ist ein echter Nachteil.

Ansonsten sind wesentliche Punkte dessen, was inzwischen von gefühltem Verlust der Bedeutung von Medienpolitik zu tatsächlichem Verlust geworden ist, vom Kollegen Kuschke angesprochen worden – und leider Gottes auch vom Medienrat NRW, der gerade heute seinen Bericht vorgelegt hat. Ich habe ihn noch nicht gelesen. Querschnittartig kann man ihm aber offenbar entnehmen, dass ganz wesentliche Lücken in der Wahrnehmung und auch in der Durchführung von Medienpolitik im Land zu erkennen sind.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eine schallende Ohrfeige!)

– Der Kollege nennt es eine schallende Ohrfeige. Das ist der Bericht womöglich. Sie müssen ganz erheblich nacharbeiten, wenn Sie an dieser Stelle so wunderbar klar auftreten wollen, wie Sie es im Einzelplan 02 im Bereich der Kulturpolitik halbwegs tun können.

Von daher ziehe ich insgesamt eine sehr gemischte Bilanz, was meine beiden Politikfelder Kultur und Medien betrifft.

In Bezug auf die Medienpolitik werden wir bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses und wohl auch im Plenum noch Gelegenheit haben, die entsprechenden Themen anzusprechen. Wenn unser Antrag „Zukunft der Medien“ endlich im Plenum beraten wird – das wird hoffentlich im

Januar 2007 der Fall sein –, werden wir noch einmal in der Grundsache sprechen können.

Eine Anmerkung erlaube ich mir noch: Auch die Tatsache, dass Sie – Sie von der CDU, Sie von der FDP oder Sie gemeinsam – bisher keine Novelle des Landesmediengesetzes vorgelegt haben, macht deutlich, dass dieses Feld von Ihnen noch nicht mit der Verve angepackt wird, die im Interesse des Landes dringend notwendig wäre. Medienpolitik ist Medienstandortpolitik.

Damit bin ich am Ende meiner Rede. Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam besser an dem Rad drehen können. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem mein Kollege Dietmar Brockes Ihnen dargelegt hat, welche Ziele wir in der Europapolitik perspektivisch verfolgen, konzentriere ich mich auf die Kultur- und die Medienpolitik.

Es freut mich, dass sich alle Fraktionen im Düsseldorfer Landtag einig sind, dass wir in Bezug auf die Kulturpolitik eine stabile, solide finanzielle Grundlage haben, mit der man einiges machen kann.

Die Landesregierung hält an ihrem Ziel fest, die Mittel für Kulturförderung bis zum Ende der Legislaturperiode zu verdoppeln. Mit dem Haushalt 2007 ist damit nach 2006 eine weitere Erhöhung um über 14 Millionen € vorgesehen. Vieles wird in den nächsten Jahren möglich sein.

Aufgrund der Unterstützung des Landes für die Kulturhauptstadt Essen gibt es auch eine Perspektive für die weitere Entwicklung in der Ruhrregion.

Ich hoffe, dass wir in Kürze zumindest handlungsfähige Strukturen der Ruhr 2010 GmbH auf den Weg bringen, um damit auch eine positive Wirkung für die regionale Entwicklung zu entfalten.

Die Optimierungen bei der RuhrTriennale sind erfolgt. Von den Problemen beim Start mit Herrn Mortier sind wir zu den Erfolgen der Intendanz von Herrn Flimm gekommen.

Insofern ist im Kulturbereich alles so weit auf gutem Wege.

Unsere Initiativen reichen bis hin zu einzelnen Programmen, bei denen es um eine bessere Verbindung von Kultur und Bildung geht. Als Beispiel nenne ich das neue Landesprogramm „Kultur und Schule“, für das immerhin über 1 Million € im Haushalt bereitgestellt wird.

Bei der Medienpolitik zeigen sich in der Tat unterschiedliche Zugänge; denn selbstverständlich gilt auch in der Medienpolitik: Privat vor Staat. – Insofern ist die private Medienwirtschaft auch nur bedingt durch öffentliches Handeln beeinflussbar.

Nichtsdestotrotz macht auch der heutige Bericht des Medienrates deutlich, dass Nordrhein-Westfalen – aufgrund der Hinterlassenschaften von Rot-Grün – in seinen Strukturen nicht optimal aufgestellt ist. Das nordrhein-westfälische Landesmediengesetz sieht in der Tat viele Spezifika und Besonderheiten vor, die es in anderen Bundesländern nicht gibt – Stichwort: Bürgerfunk.

Insofern kommen wir selbstverständlich auch der Bitte von Frau Löhrmann nach, hier parlamentarisch zu handeln. Anfang nächsten Jahres werden Sie von uns, der Koalition der Erneuerung, den Entwurf eines neuen Landesmediengesetzes bekommen, das Nordrhein-Westfalen profiliert und auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern die zur Stärkung der Medienkompetenz bei Bürgermedien in der Breite und zur Modernisierung des Bürgerfunks notwendigen rechtlichen Veränderungen vollzieht.

Das alles wird uns helfen, den Medienstandort Nordrhein-Westfalen zukunftsgerecht fortzuentwickeln. Aufgrund der Grundlagen und der rechtlichen Voraussetzungen, die Sie uns hinterlassen haben, müssen wir aber in der Tat zuerst noch bis Anfang nächsten Jahres aufräumen.

Insgesamt darf ich in Bezug auf die Medienpolitik Folgendes feststellen: Die Koalition der Erneuerung ist fest gewillt und bereit, das Medienrecht in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren und neue Akzente zu setzen. Ich bin nämlich der Auffassung, dass wir auch zukünftig einen kraftvollen und souveränen Medienstandort Nordrhein-Westfalen in Deutschland brauchen.

Über alle Felder zusammenfassend gesehen ist der Einzelplan 02 ausgewogen. Er gibt dem Medienbereich, sofern er in öffentliche Verantwortung fällt, auch hinreichend Entwicklungspotenziale, die wir gemeinsam nutzen sollten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hat eine bekannte Persönlichkeit unseres Landes Nordrhein-Westfalen in einer Sitzung zu Protokoll gegeben, dass im Bereich der Medienpolitik und der Hilfe für sein Haus die Landesregierung und natürlich auch die Landespolitik in Düsseldorf außerordentlich hilfreich gewesen sind. Es wurde ausdrücklich dafür gedankt, dass der Staatssekretär und die Landesregierung wirklich in schwierigen Lagen helfen. Zeugen waren neben mir unter anderem Herr Keymis und Herr Eumann. Es war nämlich Fritz Pleitgen im Rundfunkrat. Ich glaube, wir können hier mit Fug und Recht sagen, dass die Koalition und die Landesregierung wirklich – zum Beispiel beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk – dem Land helfen.

Alles, was Sie behaupten, ist schlichtweg falsch. Erinnern wir uns, wie Herr Steinbrück und Frau Meckel geholfen haben – darunter hat gerade der Kollege Keymis damals sehr gelitten –, können wir sagen: Es hat sich wirklich etwas zum Besseren getan. Wir sind dankbar dafür, dass wir jetzt in dem Fall eine bessere Politik machen als Sie.

Herr Kollege Kuschke, ich bin auch dankbar dafür, dass wir demnächst über den Bericht des Medienrates sprechen werden. Wir werden versuchen, dann noch einmal ein bisschen Exegese zu betreiben, wo die Ursachen für einige Dinge liegen, die noch zu bearbeiten sind und wo wir noch etwas besser machen können. Ich glaube, dass viele Ursachen im Bereich der alten rot-grünen Landesregierung und Koalition zu finden sein werden.

Zum Haushalt selber! Die Haushaltskonsolidierung macht auch im Bereich der Medien und der Telekommunikation weitere Einsparungen notwendig. Obwohl an einigen Stellen weniger Geld in den Etat eingestellt worden ist, kann man mehr erreichen.

Stichwort „Medienforum“: Das Medienforum Nordrhein-Westfalen ist die zentrale Kongressveranstaltung für die Medienwirtschaft in unserem Land. Mit dem Medienforum soll der Medienbranche am Standort NRW eine zentrale Plattform geboten werden, um die aktuellen Themen und Herausforderungen im Mediensektor mit Fachleuten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren. Zugleich ist das Medienforum das wichtigste Instrument, um der nationalen wie der internati-

onalen Medienbranche die Vorzüge des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen zu präsentieren.

Hier haben wir eine Rückführung des Zuschusses von 3 Millionen € auf 2,1 Millionen €. Dies kann auch nach Einschätzung des Veranstalters übrigens durch eine auch gewünschte und verstärkte Einbringung der Branche und von Sponsoren ausgeglichen werden, ohne das Niveau der Veranstaltung abzusenken. Das Niveau der Veranstaltung war in den letzten Jahren unter Ihrer Regierung nämlich abgesenkt worden. Wir heben es wieder.

Ich bin davon überzeugt, dass es im Jahr 2007 eine hochkarätig besetzte Veranstaltung geben wird. Herr Kuschke, Sie haben schon Namen genannt. Diese Neuausrichtung wird sich bewähren. Das Medienforum wird besser werden als zu Ihrer Zeit.

Stichwort „Filmstiftung“: Mithilfe der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, Nordrhein-Westfalen zu einem der führenden europäischen Film- und Fernsehproduktionsstandorte zu entwickeln. Ziel ist es, die Entwicklung zu stabilisieren und weiter voranzutreiben. Im Jahr 2005 stellten die Gesellschafter der Filmstiftung NRW insgesamt 36 Millionen € für die satzungsgemäßen Aufgaben zur Verfügung.

Entsprechend dem Gesellschaftszweck wird die Filmstiftung ihre Aktivitäten in NRW im Bereich der Förderung der Filmkultur und Filmwirtschaft – wir haben es eben gehört – sowie der Hörspielförderung weiterentwickeln. Es muss mit allen Kräften versucht werden – darin sind wir uns sicherlich einig –, die Effekte für die Produktionslandschaft in Nordrhein-Westfalen selber deutlich zu verbessern. Mit dem überrollten Etatansatz von rund 9,7 Millionen € wird die Filmstiftung in die Lage versetzt, auf dem Niveau des letzten Jahres weiterarbeiten zu können.

Positiv hervorheben möchte ich noch weitere Aktivitäten, die die Landesregierung auf den Weg gebracht hat: Zu nennen ist die Nachwuchsförderung der Filmstiftung in NRW, die Verbesserung der Lage von TV-Auftragsproduzenten mithilfe der NRW-Bank, die Vergabe von Stipendien über das AV-Gründerzentrum oder die Planung einer Anlaufstelle für Medienansiedlungen, ebenfalls angesiedelt bei der NRW-Bank.

Es gäbe noch viele Beispiele aufzuzählen, die gerade in diesem Bereich der Filmförderung und Filmwirtschaft sicherlich relevant sind. Wir sehen, dass die Aufgaben für die Medienpolitik in unserem Lande weiterhin groß sind. Und wir sehen auch, dass etwas getan wird und nicht nur – wie

früher – nur geredet wird und irgendwelche komischen Strukturen wie die Medien GmbH eingerichtet werden, die sich nicht bewährt haben. Wir sind besser! – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Breuer das Wort.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Entwurf des Einzelplan 02 für das Haushaltsjahr 2007 durchziehen zwei wesentliche finanzpolitische Leitlinien:

Erster Punkt ist, dass die Staatskanzlei ihren Sparbeitrag selbstverständlich auch im Jahr 2007 erbringt. Der Einzelplan 02 wird auch im kommenden Jahr einen Anteil von 1,8 Millionen € an den globalen Minderausgaben bei den Sachausgaben, also auch bei seinen Kernaufgaben, zu erbringen haben und wird das leisten. Insofern, Frau Löhrmann, ist es falsch, wenn Sie sagen, die Staatskanzlei werde von dem allgemeinen Konsolidierungskurs ausgespart.

Der zweite Punkt: Die bereits vor der Landtagswahl 2005 versprochene Verdoppelung des Kulturförderhaushaltes bis Ende der Legislaturperiode wird konsequent weiterverfolgt. Meine Damen und Herren, wir tun das, was wir sagen, und wir sagen das, was wir tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Der damalige Basisbeitrag von etwas mehr als 70 Millionen € ist im Jahre 2006 im Bereich der Kultur um 12,7 Millionen € erhöht worden und wird nach dem Vorschlag des Kabinetts im Jahre 2007 um weitere 14,3 Millionen € aufgestockt. Diesem Aufwuchs sollen nach der vom Kabinett gebilligten mittelfristigen Finanzplanung im Jahre 2008 weitere gut 15 Millionen € folgen. Im Jahre 2009 sind es ebenfalls 15 Millionen € und im Jahre 2010 die fehlenden 13,2 Millionen €.

Diesen mutigen Politikschwerpunkt in Zeiten knappster Kassen zu setzen und dabei insbesondere die Kinder und Jugendlichen gezielt zu fördern, findet breiteste Zustimmung. Ich bin froh, dass Sie das heute Abend um 18:43 Uhr oder früher auch eingeräumt haben. Meine Damen und Herren, wir machen eine gute und solide Haushaltspolitik in der Staatskanzlei.

(Beifall von CDU und FDP)

Fair ist es, auch einmal zu vergleichen, was eigentlich die anderen Staatskanzleien machen. Vergleicht man beispielsweise unser Haushaltsvolumen mit dem der Staatskanzlei unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz, stellt man fest, dass die Staatskanzlei NRW jede Bürgerin und jeden Bürger knapp 5 € pro Jahr kostet, aber die in Rheinland-Pfalz mit 9 € fast doppelt so viel. Meine Damen und Herren von der Opposition, es gehört auch dazu, dass einmal klar und deutlich festzustellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich auf ein paar Punkte eingehen, die die politische Natur aufzeigen. Die Sozialdemokraten haben es dargelegt. Es ist klar und kann nicht anders sein. Sie haben keine eigenen Änderungsanträge formuliert, sondern sich auf eine politische Einlassung beschränkt.

Herr Kuschke, ich nehme ausdrücklich in Anspruch, dass Sie der Europapolitik in vielen Punkten Unterstützung zuteil werden lassen.

Das Vorgehen der Landesregierung, beispielsweise beim Thema Reach ein innenpolitisches Kernanliegen in Brüssel vorzutragen, hat neben der Unterstützung von FDP und CDU auch die Unterstützung der SPD. Wir wissen das zu schätzen. Wir wissen auch, dass es mit Ihnen leichter war, unsere Forderungen in Brüssel durchzusetzen. Ich finde, auch wenn die Grünen im Detail anderer Auffassung sind, sollten sie anerkennen, dass sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in einem ganz wichtigen Punkt – denn 40 % der Chemiearbeitsplätze in Deutschland befinden sich in NRW – europapolitisch in Kontinuität durchgesetzt hat.

Sie haben auch das Ziel-2-Thema angesprochen. Richtig ist, dass wir als Landesregierung – beteiligt war übrigens auch die Vorgängerregierung – drei wesentliche Änderungen erreicht haben. Die erste Änderung besteht in der Ausdehnung der Ziel-2-Fördergebiete auf das ganze Land, damit wir nicht mehr die scharfe und manchmal straßenzugartige Abgrenzung haben. Das ist Kontinuität.

Es gab zwei Beschlüsse der Regierungschefs vom Dezember 2005, die zum Nachteil Nordrhein-Westfalens gewesen wären. Es ging einmal um die Frage, ob die Mehrwertsteuer auch aus Sicht des Förderungsempfängers noch erstattet werden kann. Das haben wir zurückgedreht. Der zweite, wesentliche Punkt ist, dass wir auch private Kofinanzierungen bei Ziel-2-Förderungen zulassen. Es ist uns gelungen, nicht zuletzt wegen einer auswärtigen Kabinettsitzung, dieses Thema er-

neut auf die Agenda zu setzen und mit Hilfe von vielen anderen die beiden wesentlichen Beschlüsse der Regierungschefs zum Wohle Nordrhein-Westfalens zurückzudrehen. Ich finde, das sollten Sie anerkennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist wirklich proaktive Personal- und Ressourcenpolitik im Sinne von Nordrhein-Westfalen.

Sie haben auch das Thema Personal insgesamt angesprochen. Sie tun das nicht, indem Sie den Haushalt entsprechend ergänzen. Sie tun das meistens, indem Sie Replik auf Diskussionen nehmen, die in den Zeitungen stattfinden. Es geht dabei darum, welche kw-Stellen wegfallen bzw. welche Umgruppierungen oder personellen Veränderungen auf Referatsleiterebene möglicherweise stattfinden.

Ich stelle jedenfalls fest: Wir sind in der Staatskanzlei von der Spitze bis zu den Referaten gut aufgestellt. Wenn Sie sich auf wirkliche Schwerpunktthemen der Staatskanzlei einlassen würden, würden Sie sich nicht mit solchen Nickeligkeiten beschäftigen. Anscheinend fehlen Ihnen die ganz großen Themen, um andere Punkte anzusprechen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben deswegen auch keinen Änderungsantrag zu diesem Bereich gestellt.

Frau Nell-Paul, am Thema Kultur kommt niemand vorbei. Ich bin dankbar, dass alle Fraktionen anerkannt haben, dass wir die Mittel für die Kulturförderung in dieser Legislaturperiode verdoppeln wollen. Es ist aber nicht allein das. Mit einem umfangreichen Programm für Verpflichtungsermächtigungen schaffen wir auch Planungssicherheit für mehrere Jahre. Wir sind davon überzeugt, dass wir durch diesen Schwerpunkt auch soziale und integrationspolitische Ziele erreichen können. Sie haben es eben angesprochen, Frau Nell-Paul.

Für das Landesprogramm „Kultur und Schule“ haben wir in diesem Land allein 1,5 Millionen € ausgegeben. Bereits in diesem Schuljahr besuchen mehr als 700 Künstlerinnen und Künstler jede Woche für zwei Stunden unsere Schulen. Aufgrund des enorm guten Echos auf die erste Ausschreibung haben wir schon 50 % mehr zur Verfügung gestellt als ursprünglich geplant. Im kommenden Jahr fördern wir das Programm mit über 4,2 Millionen €.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der kulturelle Substanzerhalt. Natürlich besteht die Gefahr, dass in unseren Archiven und Depots kulturell

wertvolle Bestände verrotten, ohne dass sich jemand in unserem allzu sehr auf Events und Besucherzahlen ausgerichteten Kulturbetrieb darum kümmert.

Daher haben wir im Jahr 2006 zusammen mit den Landschaftsverbänden ein flächendeckendes Netzwerk aufgebaut, um das vom Säurefraß bedrohte Papiergut in unseren Archiven zu retten. Aus diesen Gründen haben wir die Mittel in der Titelgruppe für Substanzerhalt von einer Million auf 3,225 Millionen € erhöht. Das ist mehr als eine Verdreifachung. Das ist notwendig. Ich bin froh, dass Sie das auch angesprochen haben.

Nicht einverstanden bin ich mit der kritischen Begleitung, was die Kulturhauptstadt Essen angeht. Ich finde, mit der endgültigen Auswahl Essens und des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt 2010 haben wir eine ganz wichtige Wegmarke erreicht. Die Landesregierung ist allen, die sich unermüdlich dafür engagiert haben, sehr dankbar. In den kommenden Wochen können wir den Gesellschaftsvertrag für die Ruhr 2010 GmbH unterzeichnen. Wir sind davon überzeugt, dass das Thema „Europa und Kultur“ mit dem Projekt Kulturhauptstadt 2010 gut aufgehoben ist.

Ich bitte Sie alle herzlich, dieses Thema sachlich und gewinnbringend für Nordrhein-Westfalen zu begleiten. Jeder im Land hat etwas davon, wenn wir uns als Kulturhauptstadt in Essen und im Ruhrgebiet im Jahr 2010 gut aufstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kolleginnen und Kollegen haben das Thema Medien angesprochen. Ich will nur zwei Punkte richtigstellen, weil sie sonst falsch im Protokoll wiedergegeben werden. Richtig ist, dass die Ansätze in dem Ihnen vorliegenden Entwurf des Haushalts 2006 um 1,4 Millionen € auf 19,8 Millionen € zurückgehen. Das ist richtig. Das ist der Konsolidierungsbeitrag, wie ihn auch andere Bereiche leisten müssen. Der Ansatz für die Zuschüsse zur Filmstiftung wird aber nicht gekürzt. Er hat exakt dasselbe Niveau der in 2006 vorgenommenen Etatisierung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Da haben Sie doch 2006 kräftig gekürzt, Herr Breuer!)

Im Klartext heißt das: Es ist falsch. Ich finde, das sollten Sie auch sagen. Wir werden im Jahr 2007 denselben Ansatz bei der Filmstiftung haben wie im Jahr 2006.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Es ist falsch, etwas anderes zu behaupten. Der Filmstiftung wird kein weiterer Konsolidierungsbeitrag abverlangt.

Im Übrigen ist es auch fair, an der Stelle darauf hinzuweisen, dass es kein Bundesland gibt, das mehr für die Filmförderung ausgibt als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie etwas kritisieren, machen Sie bitte deutlich, dass das so ist!

(Zurufe von Marc Jan Eumann und Rainer Schmeltzer [SPD])

Sie haben etwas zum Medienstandort gesagt. Damit es uns allen klar ist, will ich die verbleibenden Sekunden nutzen, um noch einmal deutlich zu machen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen das Medienland Nr. 1 und bleiben es. Die Umsätze der Medien- und Kommunikationswirtschaft übersteigen die von Bayern beispielsweise deutlich. Im Jahr 2004 waren es in Nordrhein-Westfalen allein 115,1 Milliarden €, während es in Bayern 59,9 Milliarden € waren. Auch Beschäftigte gibt es in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr als in anderen Bundesländern. Bayern als Nr. 2 liegt deutlich hinter uns.

Wir sind ein großes Medienland. Wir hatten in den letzten Monaten viele Aktivitäten und werden in den nächsten Monaten weitere Aktivitäten entfalten. In Nordrhein-Westfalen gibt es mehr als 321.000 Beschäftigte in dieser Branche. In Bayern sind es 260.000. Wir sind das Film-, das Medien- und Kommunikationsland Nr. 1 in Deutschland. Ich finde, das sollten Sie anerkennen. Das ist auch Teil der Landesregierung.

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung schließen: Dies ist ein sehr guter Haushaltsentwurf für die Staatskanzlei. Er vermittelt die gute Arbeit, die wir in der Staatskanzlei geleistet haben, weil wir auch einen sehr guten Ministerpräsidenten und eine sehr gute Landesregierung haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

(Zurufe – Unruhe)

– Bitte beruhigen Sie sich!

Wir kommen jetzt zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 02**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge entsprechend der Ihnen vorliegenden Übersicht.

Wir beginnen mit der laufenden Nummer 32, **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3206**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über die Nummer 33, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3207**. Wer ist dafür? – Grünen- und SPD-Fraktion. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Nummer 34, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3209**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, laufende Nummer 35, **Drucksache 14/3210**. – Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 36, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3211**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 37, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3212**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 38, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3213**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 39, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3214**. – Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 40, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3215**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 41, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3216**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt**.

Laufende Nummer 42, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3217**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 43, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3218**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 44, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3219**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 45, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3220**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt.**

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3002**. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Nein, das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3002 **beschlossen.**

Meine Damen und Herren, anhand des mir vorliegenden Wortprotokolls hat in der heutigen Sitzung der CDU-Abgeordnete Marc Ratajczak folgende Formulierung in einem Zuruf gewählt: „Was ist das für ein Scheiß!“ Das ist kein parlamentarischer Begriff. Ich rüge dies und erteile dem Abgeordneten Ratajczak einen Ordnungsruf.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 13**:

Landesrechnungshof

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3013 hin.

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer dem **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3013** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit großer Mehrheit der Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen so **beschlossen.**

Ich komme zum **Einzelplan 01**:

Landtag

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3001.

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 01** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3001**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen.**

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

9 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 18

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu Drucksachen

14/114	–	AGS
14/1557	–	AF
14/2108	–	AWME
14/2405	–	ABV
14/2406	–	AGS
14/2417	–	AF
14/2545 EA	–	AF
14/2482	–	HPA
14/2484	–	AKV
14/2542 EA	–	AKV
14/2747 EA	–	AKV
14/2489	–	HPA
14/2492	–	AGFI
14/2496	–	AWME
14/2587	–	HPA

Drucksache 14/3179

Die Übersicht 18 gemäß § 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung enthält zwölf Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden, sowie drei Entschließungsanträge.

Der Antrag mit der Drucksachennummer 14/2417 und der Entschließungsantrag Drucksache 14/2545 sind im Innenausschuss und nicht, wie in der Drucksache irrtümlich ausgewiesen, im Ausschuss für Frauenpolitik abschließend beraten und abgestimmt worden.

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun abstimmen über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in**